

RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 2/2026
KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA
2025



AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Einleitung	3
Wahlen in Äthiopien	4
Die Internationale Gemeinschaft muss die Pressefreiheit in Äthiopien schützen	5
Jahresbericht: The State of the World's Human Rights	6
Äthiopien: Behörden müssen sexueller Gewalt, willkürlicher Tötungen und Folter durch Kämpfer der Oromo Liberation Armee (OLA) gewissenhafter nachgehen	7

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Copyright bei Amnesty International

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Einleitung

Am 1. Juni fanden in Äthiopien nationale und regionale Wahlen statt. Die Voraussetzungen für freie und demokratische Wahlen waren jedoch in weiten Teilen des Landes nicht gegeben. In mehreren Regionen konnten große Teile der Bevölkerung aufgrund anhaltender Konflikte, Vertreibungen und Sicherheitsrisiken nicht oder nur eingeschränkt an der Wahl teilnehmen.

Gleichzeitig hat sich der Handlungsspielraum für Medien, Oppositionsparteien und die Zivilgesellschaft vor den Wahlen noch weiter verengt. Journalist*innen werden überwacht, eingeschüchtert oder festgenommen, und viele Menschen vermeiden aus Angst vor Repressionen öffentliche Kritik an der Regierung. Unter diesen Bedingungen ist ein freier politischer Wettbewerb nicht möglich. Die Wahlen werden demnach weniger als ein echter demokratischer Wettbewerb, sondern vielmehr ein Schauspiel zur Aufrechterhaltung staatlicher Legitimität bewertet.¹

Bewaffnete Konflikte in Tigray, Oromia und Amhara dauern an. Zudem werden schwere Menschenrechtsverletzungen nicht aufgearbeitet und sexualisierte Gewalt ist weiterhin weit verbreitet, wie ein Amnesty Bericht vom März 2026 berichtet. Außerdem verschärfen sich regionale Spannungen. Die Beziehungen zu Eritrea haben sich in den vergangenen Jahren verschlechtert, insbesondere wegen Äthiopiens Forderung nach einem Zugang zum Roten Meer. Gleichzeitig bleibt der Konflikt mit Ägypten um den Grand Ethiopian Renaissance Dam ungelöst. Hinzu kommt die Instabilität im Sudan. Der dortige Bürgerkrieg wirkt sich zunehmend auf die gesamte Region aus, und Beobachter*innen warnen davor, dass sich die Konflikte in Sudan, Eritrea und Äthiopien immer stärker überlagern.²

Jedoch gibt es auch Grund zur Hoffnung. Der Journalist Million Beyene wurde am 15. April 2026 in Addis Abeba von Männern in Zivil verschleppt und blieb fast zwei Wochen lang verschwunden. Daraufhin mobilisierte Amnesty International im Rahmen einer Urgent Action weltweit Unterstützer*innen. Am 28. April wurde

¹ Eskinder Firew, *Wahl in schwieriger politischer Lage in Äthiopien* (Deutsche Welle) 1 Juni 2026 <https://www.dw.com/de/wahl-in-schwieriger-politischer-lage-in-%C3%A4thiopien-wahlen-afrika-iran-israel-sudan-eritrea-vae/a-77350414>

² Eskinder Firew, *Wahl in schwieriger politischer Lage in Äthiopien* (Deutsche Welle) 1 Juni 2026 <https://www.dw.com/de/wahl-in-schwieriger-politischer-lage-in-%C3%A4thiopien-wahlen-afrika-iran-israel-sudan-eritrea-vae/a-77350414>

Beyene von den äthiopischen Behörden freigelassen.³ Auch wenn sich der Einfluss solcher Aktionen nicht immer eindeutig messen lässt, ist die Freilassung von Million Beyene ist auch ein ermutigendes Beispiel für die Wirkung internationaler Solidarität.

Wahlen in Äthiopien⁴

Die Deutsche Welle berichtet über die Wahlen in Äthiopien: [Ethiopia votes as ruling party eyes landslide win](https://www.dw.com/en/ethiopia-votes-as-ruling-party-eyes-landslide-win/a-77369637).

Am 1. Juni fanden in Äthiopien Parlaments- und Regionalwahlen statt. Bereits im Vorfeld wurde mit einem klaren Sieg der regierenden Prosperity Party und einer weiteren Festigung der Macht von Ministerpräsident Abiy Ahmed gerechnet.

Die Wahlen fanden unter schwierigen politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen statt. In der Region Tigray wurde die Wahl untersagt. Die Wahlbehörden begründeten dies mit den anhaltenden Folgen des Bürgerkriegs und der politischen Instabilität in der Region. In Teilen von Amhara und Oromia beeinträchtigten bewaffnete Konflikte die Durchführung der Wahl. In mehreren Wahlkreisen mussten Wahllokale geschlossen bleiben.

Die Opposition trat geschwächt und zersplittert an. Viele Oppositionsparteien verfügen nur über begrenzte Ressourcen, während andere Akteure von den Wahlen ausgeschlossen wurden, im Exil leben oder inhaftiert sind. In einigen Wahlkreisen kandidierte die Prosperity Party sogar ohne Gegenkandidat*innen. Analyst*innen bezeichneten die Wahl daher als eine der am wenigsten wettbewerbsorientierten Abstimmungen seit Einführung des Mehrparteiensystems in Äthiopien (1991).

³ Ethiopia: Further information: Abducted journalist found and released: Million Beyene, 21 May 2026 (Amnesty International) <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/1019/2026/en/>

⁴ Mahima Kapoor, Ethiopia votes as ruling party eyes landslide win (Deutsche Welle) 1 Juni 2026 <https://www.dw.com/en/ethiopia-votes-as-ruling-party-eyes-landslide-win/a-77369637>

Die Internationale Gemeinschaft muss die Pressefreiheit in Äthiopien schützen⁵

Amnesty appelliert an die internationale Gemeinschaft: [Ethiopia: International community must act to safeguard press freedom ahead of national election - Amnesty International](#)

Vor den nationalen Wahlen am 1. Juni verschärften die äthiopischen Behörden ihr Vorgehen gegen die Pressefreiheit. Unabhängige Medien waren zunehmend Repressionen ausgesetzt: Journalist*innen wurden willkürlich festgenommen, rechtswidrig überwacht oder man ließ sie verschwinden. Zudem wurden Akkreditierungen entzogen und Medienlizenzen willkürlich widerrufen. Viele Medienschaffende berichteten von Selbstzensur aus Angst vor Repressalien. Auch Oppositionspolitiker*innen scheuten aus Sorge vor Vergeltungsmaßnahmen zunehmend den Kontakt zu den Medien. Neue Auflagen für die Wahlberichterstattung sowie die Darstellung unabhängiger Medien, wenn sie als Bedrohung für nationale Interessen ausgelegt werden konnten, verschärften den Druck auf die Presse zusätzlich.

Die äthiopischen Behörden sollten diese Repressionen umgehend beenden und die Pressefreiheit gewährleisten. Gleichzeitig sind internationale Partner sowie regionale und internationale Menschenrechtsinstitutionen aufgefordert, sich grundsätzlich gegen die systematische Einschränkung unabhängiger Medien in Äthiopien auszusprechen.

⁵ Amnesty International (29 Mai 2026) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/ethiopian-authorities-have-intensified-their-crackdown-on-press-freedom/>

Jahresbericht: The State of the World's Human Rights⁶

Der Amnesty Report 2025/26 wurde im April 2026 auf [Deutsch](#) und auf [Englisch](#) veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung des Kapitels zu Äthiopien gibt es [hier](#).

Die Menschenrechtslage in Äthiopien blieb 2025 besorgniserregend. Im Zuge eines Stadtentwicklungsprojekts wurden tausende Menschen in zahlreichen Städten ohne ausreichende Vorankündigung, Konsultation oder angemessene Entschädigung aus ihren Wohnungen vertrieben. Gleichzeitig schränkten die Behörden die Meinungs- und Pressefreiheit weiter ein: Journalist*innen wurden willkürlich festgenommen, teilweise ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten und wegen ihrer Berichterstattung, politischer Äußerungen sowie zunehmend auch aufgrund privater Gespräche und persönlicher Meinungsäußerungen schikaniert.

Auch der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft verringerte sich weiter. Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen waren verstärkter Überwachung und Repression ausgesetzt, während ein geplanter Gesetzentwurf die Vereinigungsfreiheit erheblich bedrohte. Zudem gingen die Behörden gegen Streikende im Gesundheitswesen vor und nahmen zahlreiche Beschäftigte fest.

Fortschritte bei der Vergangenheitsaufarbeitung blieben aus. Verantwortliche für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Tigray-Konflikt wurden weiterhin nicht zur Rechenschaft gezogen, während auch in anderen Konfliktregionen Menschenrechtsverletzungen und internationale Verbrechen anhielten. Frauen und Mädchen waren weiterhin geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Darüber hinaus wurden mindestens 600 eritreische Flüchtlinge willkürlich festgenommen und rechtswidrig nach Eritrea abgeschoben, wo ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

⁶<https://www.amnesty.de/amnesty-report/amnesty-report-2025-jahresbericht-menschenrechte-weltweit?>

Äthiopien: Behörden müssen sexueller Gewalt, willkürlicher Tötungen und Folter durch Kämpfer der Oromo Liberation Armee (OLA) gewissenhafter nachgehen

Warnung: Diese Zusammenfassung enthält Beschreibungen sexueller Gewalt und Folter.

In einem im März veröffentlichten, englischsprachigen [Briefing](#) dokumentiert Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen im Konflikt in Äthiopiens Oromia-Region im Zeitraum von 2020 bis 2024. Dem Bericht zufolge wurden Frauen und Mädchen von Kämpfern der OLA systematisch sexueller Gewalt ausgesetzt, darunter Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen und sexuelle Sklaverei. Zusätzlich zu sexueller Gewalt wurden willkürliche Tötungen und Zerstörung von zivilem Eigentum gemeldet. Die Vorwürfe betreffen die Bezirke Sayo und Anfillo der Zone Kellem Wallaga. Die Untersuchungen basieren auf Befragungen von Überlebenden sowie Aussagen von Gesundheitsdienstleistern und medizinischen Unterlagen. Diese schildern extreme Grausamkeiten, einschließlich wiederholter Angriffe über Tage oder Wochen hinweg sowie Vergewaltigungen in Höhlen mit wechselnden Tätern. Viele Übergriffe fanden als Vergeltung oder Strafe statt, zum Beispiel wegen der vermeintlichen Zugehörigkeit von Ehemännern, Brüdern oder Vätern zu Sicherheitskräften der Regierung. Nach den sexuellen Übergriffen wurden die Frauen häufig gezwungen, ihre Häuser zu verlassen, und es kam zu Brandanschlägen auf Wohnungen. Die Gewalt setzte sich fort, indem Überlebende in sexuelle Sklavenverhältnisse gerieten oder erneut misshandelt wurden. Zwei Überlebende berichten von Schwangerschaften infolge der Gewalt. Langzeitfolgen sind gravierende körperliche und psychische Auswirkungen; doch Betroffene meiden aus Angst vor Repressionen sowie vor Stigmatisierung und behördlicher Missachtung medizinische Hilfe. In der Pressemitteilung wird außerdem betont, dass Repressionen und Zensur den Zugang zu verifizierbaren Informationen erschweren. Amnesty International bewertet die Taten als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In der zum Briefing zugehörigen [Pressemitteilung](#) fordert Amnesty International daher:

- eine unparteiische und gründliche Untersuchung dieser Gräueltaten durch äthiopische Behörden,
- klare Anweisungen an die OLA zur Beachtung des humanitären Völkerrechts sowie Entwaffnung und Demobilisierung der Täter,
- ungehinderter Zugang für nationale und internationale Akteure,

- Maßnahmen gegen Zensur und Informationsunterdrückung.

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Sonnenallee 221 C
12059 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Bonn

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.